

ZUSAMMENFASSUNGEN

ÁDÁM SCHWARCZWÖLDER GENERATIONEN ÜBERSCHREITENDE BAUTEN. KÁLMÁN SZÉLLS WEG BIS ZUM TOR DES ERFOLGS

Kálmán Szélls (1843–1915) in jungen Jahren begonnene Laufbahn im öffentlichen Leben überspannte die gesamte dualistische Epoche. Im September 1867 heiratete er Ilona Vörösmarty, die Tochter des großen Dichters, deren Pflegevater (der damalige bedeutende Politiker – Anm. Übers.) Ferenc Deák war. Kurz darauf wurde er im Juni 1868 (in seinem 25. Lebensjahr) zum Parlamentsabgeordneten gewählt. Von 1875 an dirigierte er – 32jährig als Finanzminister die Konsolidierung des von der Krise 1873 zerrütteten Staatshaushalts. Durch unglückliche Umstände – nämlich die Okkupation Bosnien-Herzegowinas – trat zwar ein Stillstand, in gewissem Sinne ein Rückschritt ein, dennoch hatte er um die Jahrhundertwende vier Jahre lang das Amt des Ministerpräsidenten inne. All das wirft in Bezug auf Kálmán Széll berechtigterweise die *homo novus*-Frage auf: Inwieweit kann der schnelle Aufstieg seinem eigenen Verdienst zugeschrieben werden? Die kurze Arbeit will Ansatzpunkte dazu liefern, von welchem Hintergrund aus der junge Kálmán Széll 1867 seine Karriere im öffentlichen Leben starten konnte.

Von den Vorfahren Kálmán Szélls ging bis zum 19. Jahrhundert keiner hervor, der eine leitende Funktion im Komitat gehabt hätte. Sein Großvater, János Széll (1763–1844), war einer der Tafelrichter im Komitat Vas. Bei der nächsten Generation ist bereits ein bedeutender Fortschritt zu beobachten: Seine Kinder gelangten – neben wichtigen Funktionen im Komitat – auch auf Landesebene zu beachtlichen Positionen. Kálmán Szélls zwei Onkel stiegen als Richter recht hoch, sein Vater, József Széll (1801–1871), war Vizegespan im Komitat Vas, Deputierter zum Reichstag 1848, dann zwischen 1865–1867 Parlamentsabgeordneter, von 1867 bis zu seinem Tod Obergespan. Darüber hinaus pflegte er ein enges und fruchtbares Verhältnis zu Ferenc Deák. Als Minister und Ministerpräsident hatte Kálmán Széll in der Familie zweifelsohne die erfolgreichste Karriere, obwohl sein um zwei Jahre jüngerer Bruder Ignác (1845–1914) eine ebenfalls erfolgreiche Karriere durchlief. Nach seiner Funktion als Vizegespan im Komitat Vas war er als Abteilungsleiter, in den Jahren 1895–1906 als Staatssekretär im Innenministerium tätig.

Auch wenn man sich den Ausbildungsgrad der aufeinander folgenden Generationen der Familie anschaut, zeichnet sich eine aufsteigende Tendenz ab. Im Fall der Großeltern von Kálmán Széll verfügen wir über keine Informationen, ob sie öffentliche Bildungseinrichtungen besucht hatten. Sein Vater und die Geschwister waren Schüler des Prämonstratensergymnasiums in Szombathely, nachher erwarben sie ihren Abschluss an westungarischen Rechtsakademien. In der Familie waren Kálmán Széll und sein jüngerer Bruder die ersten, die zu den Studenten an der Pester Universität zählten und ihren Abschluss als Juristen und den Dokortitel erwarben.

Zweifelsohne war Kálmán Széll im Vergleich zum Beispiel zu Albert Apponyi oder zu Gyula Andrassy jun. mehr „homo novus“. Gleichzeitig bedeuteten neben seinen persönlichen Qualitäten die Position und das Beziehungskapital seines Vaters und Ferenc^{Deáks} (mit dem er durch dessen Ehe mit Ilona Vörösmarty von 1867 an eine noch engere Verbindung pflegte), indirekt auch ihm eine große Hilfe beim Karriere-start.

RÓBERT HERMANN
EINE LEHRREICHE NAMENSLISTE – DIE UNTERZEICHNER
DES REHABILITIERUNGSDOKUMENTS VON
HONVED-GENERAL ARTÚR GÖRGEI 1884

1884 trat Artúr Görgei, der einstige Oberbefehlshaber der Armee des Freiheitskampfes 1848/49 in sein 66. Lebensjahr ein. Im Laufe des Frühjahrs initiierten mehrere einstige Honved-Offiziere eine Bewegung, um den General zu rehabilitieren. Als Ergebnis der Gespräche formulierten sie eine Erklärung, in der sie zum Ausdruck brachten, dass sie die Kapitulation vom 13. August 1849 bei Világos nicht als Verrat, sondern als gesetzmäßige Folge der militärischen Situation erachteten. Anschließend kamen sie überein zu versuchen, die am 30. Mai angenommene Erklärung von immer mehr Kameraden unterzeichnen zu lassen. Die vorliegende Studie untersucht die personelle Zusammensetzung der 237 Unterzeichner der Erklärung. Die Namensliste derer, die sich öffentlich für Görgei einsetzten, zeigt, dass die Unterstützer der Rehabilitierungsbewegung in erster Linie aus der gesellschaftlichen Elite der Epoche der Doppelmonarchie hervorgingen. Diese Tatsache an sich bestimmte Möglichkeiten und die Grenzen der Bewegung. Die Elite war in der Lage, ihre Stimme in der Presse, im öffentlichen Leben und in der Wissenschaft in einem Maße hören zu lassen, das weit über ihren zahlenmäßigen Anteil hinausging. Zugleich konnte sie genau deswegen kaum auf die Honved-Vereine, die sich – was ihre Massen anging – nach wie vor aus einfachen Honveds oder Offizieren niedrigerer Funktion rekrutierten, sowie generell auf die Öffentlichkeit mit Unabhängigkeitsgesinnung einwirken.

ÁKOS KÁRBIN

SÁNDOR WEKERLE UND DIE FORTSETZUNG DER
WÄHRUNGSREFORM IN DER FRÜHEN PERIODE DER
SZAPÁRY-REGIERUNG

Sándor Wekerle gelangte im Oktober 1870 ins Finanzministerium, wo er in zahlreichen Abteilungen arbeitete und entscheidende Erfahrungen sammelte, die sich auf seine weitere Laufbahn auswirkten. Eine enge berufliche und private Verbindung entwickelte sich zwischen ihm und Finanzminister Gyula Graf Szapáry, der im Dezember 1878 sein Amt antrat. Szapáry betrachtete Wekerle als seine rechte Hand im Ministerium. So war es kein Zufall, dass Kálmán Tisza nach der Abdankung Szapárys und dessen Staatssekretärs Frigyes Köffigner im Februar 1887 die Leitung des Finanzamtes und Wekerle als Staatssekretär übernahm.

Als Staatssekretär war es unter anderem seine Aufgabe, das noch während des Zyklus von Szapáry entstandene Budgetdefizit zu beheben. Nach seiner Ernennung zum Finanzminister im April 1889 konnte er mit der Vorbereitung eines seiner bedeutendsten Werke, der Währungsreform, beginnen. Das ging nicht leicht, denn die Meinungen der Fachangestellten des österreichischen und des ungarischen Finanzministeriums gingen in gewissen Detailfragen ziemlich auseinander. Wekerle konnte seine Position in der Szapáry-Regierung auch nach dem Abgang von Tisza behalten. Während das österreichische und das ungarische Finanzministerium in der Tisza-Ära über eine Reform abstimmten, die die Finanzen der gesamten Monarchie festsetzte, brachte es in der Szapáry-Epoche eine Neuheit und einen wesentlichen Fortschritt in der Vorbereitung der Reform, dass sich in die Verhandlungen auch schon Vertreter der Österreichisch-Ungarischen Bank einschalteten. Auf die Währungsreform der Monarchie wirkten auch die internationalen Ereignisse ein. Um eines von vielen hervorzuheben: Eine Lösung für den Verkauf des Silbervorrates hätte die Schaffung eines Gesetzes für den Silberankauf in den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet, das eine kurze Zeit den Weltmarktpreis des wertlosen Silbers steigen ließ, langfristig blieb jedoch die erwartete Wirkung aus. In meiner Arbeit beschreibe ich Wekerles Rolle bei der Vorbereitung der Währungsregulierung in den Verhandlungsprozessen des Szapáry-Kabinetts zwischen März 1890 und Januar 1891.

L. LÁSZLÓ LAJTAI
DIE DURCHSETZUNG DES POLITISCHEN
NATIONENBEGRIFFES UND DIE INHALTLICH NEUE
NUANCIERUNG DER GESCHICHTSLEHRBÜCHER IN DER ZEIT
DER DOPPELMONARCHIE

Die Studie untersucht, welche Rolle der begrifflichen Auffassung der Nation in den Geschichtslehrbüchern der Epoche der Doppelmonarchie zukam, in welcher Tiefe und in welchen Zusammenhängen sie in den Vordergrund geriet, inwieweit sich eine Kontinuität zeigt beziehungsweise in welcher Hinsicht Veränderungen oder Akzentverschiebungen in den einschlägigen Narrativen festzustellen sind.

Durch die Annahme des Gesetzes (Nr. XLIV. aus dem Jahre 1868), das die „Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten“ erklärte und den offiziellen Gebrauch der Sprachen in Ungarn regelte, definierte die ungarische Gesetzgebung erstmalig – insbesondere durch die Präambel des Gesetzes – den Nationenbegriff, mit dem die Gesamtheit der Einwohner des Landes gemeint war. Das Gesetz machte keinen Unterschied in Bezug auf die politischen Rechte der Personen mit ungarischer und nicht-ungarischer Muttersprache und es machte sogar zahlreiche Zugeständnisse, was den öffentlichen gemeinschaftlichen Gebrauch der nicht-ungarischen Sprachen betraf. In Bezug auf den Sprachgebrauch gerieten die vom politischen und sprachlich-ethnischen Standpunkt zugleich ungarische und die nur im Hinblick auf die Staatsbürgerschaft ungarische, aus sprachlich-kultureller Sicht jedoch „minderheitliche“ (d.h. zu einer ethnischen Minderheit gehörende) Bevölkerung des Landes in ein asymmetrisches Verhältnis. Dieses Verhältnis der Unter- und Überordnung, das in kultureller Hinsicht zu beobachten war, kam auch im Text der Geschichtslehrbücher zum Tragen, obwohl deren Autoren bemüht waren, den *politischen* Charakter des Nationenbegriffs in Ungarn klarzumachen. Dies sollte von dem Bestreben gefestigt werden, dass nach einer Zeit immer stärker die ethnische Neutralität der vom Staat identifizierten politischen Nation betont wurde, während die Narrative in den Lehrbüchern immer häufiger zu solchen Schemata nationalen Charakters griffen, die zu sprachlich-ethnischer Assimilation nötigten und die aus der ungarischen Bevölkerung entspringende höhere Fähigkeit zur Organisation des Staates demonstrieren sollten.

Neben der Betonung der geopolitischen und bildungsvermittelnden Rolle der tausendjährigen ungarischen Staatlichkeit und der Avitizität (historischer Rechtsbegriff für die Unveräußerlichkeit adeligen Grundbesitzes im Königreich Ungarn) in

der ungarischen konstitutionellen Ordnung erfuhren zugleich die ethnischen Merkmale des Ungarturns immer weniger Aufmerksamkeit, womit man ebenfalls den politischen Charakter des ungarischen Nationenbegriffs zu festigen und gleichzeitig ihn mit genügend Munition gegenüber den rivalisierenden ethnokulturellen gemeinschaftlichen Identitätsdiskursen auszustatten beabsichtigte.

DÁVID LIGETI
APOSTEL DES PRÄVENTIVEN KRIEGES. GENERAL FRANZ
CONRAD VON HÖTZENDORF AN DER SPITZE DES
GENERALSTABS DER MONARCHIE (1906–1911)

Franz Conrad von Hötzendorf (1852–1925), österreichisch-ungarischer Generalleutnant (später Feldmarschall) wurde 1906 als Franz Ferdinands Vertrauensmann zum Chef des Generalstabes der Armee der Monarchie bestellt. Als begabter und produktiver Sachbuchautor arbeitete er zahlreiche Vorschläge zur Militärreform aus, verbesserte die Situation der Offiziersausbildung sowie die materiellen Bedingungen der Armee. Als Chef des Generalstabes betrieb er aktiv Politik und drängte mehrmals auf Präventivschläge gegen potenzielle Feinde der Monarchie, wodurch er zum Apostel des Präventivkriegs geworden war. In diesem Bestreben war der gemeinsame Außenminister Aehrenthal sein größter Widerpart. Conrad spielte eine entscheidende Rolle in der Annexionskrise 1908–1909, und fand sich mehrfach auch mit Franz Joseph konfrontiert. Obwohl seine Debatte mit dem Außenminister 1911 zu seiner Enthebung führte, wurde Conrad ein Jahr später erneut für diesen Posten ernannt, auf dem er die Armee der Monarchie im Ersten Weltkrieg bis März 1917 operativ führte. Seine moderne Anschauung und seine Reformbestrebungen konnten nur teilweise die Mängel ausgleichen, denen die kaiserlich-königliche Armee ausgesetzt war. Auf diese Weise determinierte die Bilanz seiner ersten Periode als Chef des Generalstabes in vieler Hinsicht die Katastrophe des Weltkriegs, in Wirklichkeit den Fall Österreich-Ungarns.

LÁSZLÓ ANKA
DISKUSSION ZWEIER „POLITOLOGEN“: ISTVÁN TISZA
UND OSZKÁR JÁSZI ÜBER DAS WAHLRECHT

István Tisza und Oszkár Jászi waren bestimmende politische Ideologen und Politiker der späten dualistischen Epoche, deren Wirkung auch 100 Jahre später in der ungarischen politischen Mentalität noch weiterlebt. Tisza war Anhänger des klassischen Liberalismus und eine führende Gestalt und Ministerpräsident der regierenden Liberalen Partei, später der Nationalen Arbeitspartei. Er galt als konsequenter Vertreter des Systems des Ausgleichs 1867. Oszkár Jászi, der Anführer der bürgerlichen Radikalen, Organisator ihrer Presse, dann ihrer Partei, fungierte nach dem Zusammenbruch nach dem Ersten Weltkrieg als Minister für die Nationalitätenfrage in der Regierung Mihály Károlyis. An den Kämpfen um das Wahlrecht, die sich nach 1905 entfalteten, nahmen sie an zwei konträren Seiten teil. Im Interesse des Schutzes der ungarischen Suprematie und der Erhaltung der parlamentarischen Hegemonie des Freigeistes war Tisza gegen die Einführung des demokratischen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, während Jászi es als primäre Zielstellung formulierte, das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen, um das bestehende – und von ihm als feudal qualifizierte – System wegzufegen. Tisza war der Ansicht, dass die Abschaffung des Zensus zu einem Bodengewinn der nationalen Minderheiten und zum Zerfall des Landes des Heiligen Stephans führen würde, während Jászi das Ende der Debatten um die Nationalitäten davon erwartete, dass ihre Abgeordneten massenweise in das Abgeordnetenhaus gelangen würden. Tisza visionierte das Ende des Parlamentarismus, Jászi wiederum erwartete soziale Reformen, die vom Volksparlament zu beschlossen wären. Über dasselbe Problem/Thema? stellten sie sich auf zwei völlig unterschiedliche Standpunkte und gelangten zu entgegengesetzten Schlussfolgerungen. In ihren zu präsentierenden Arbeiten waren sie bemüht - als wären sie Politologen gewesen - , auf eine Art und Weise eine Berechnung der Mandate zu erstellen und objektiv zu bestimmen, wie die Erweiterung des Wahlrechts die Proportion der Parteien und der nationalen Minderheiten im Abgeordnetenhaus des ungarischen Parlaments umgestalten würde. Die beiden Akteure debattierten miteinander niemals persönlich. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten verfassten beide ihre Meinung über das Wahlrecht schon vor dem Ersten Weltkrieg schriftlich, auf der sie auch später beharrten. Über ein und dieselbe Angelegenheit formulierten sie unterschiedliche Meinungen und kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Ihre Meinungsver-

schiedenheit und ihr Zukunftsbild über den multinationalen Staat drücken auf symbolische Art und Weise den Standpunkt aus, zu dem sich Anhänger und Gegner des demokratischen Wahlrechts in der Diskussion über das Wahlrecht während des Ersten Weltkriegs einander gegenüber aufstellten, und der zur Annahme des Gesetzes über das Wahlrecht 1918 führte. Es ist an der Zeit, die beiden Ansichten einander gegenüberzustellen.

ÁGNES VARGA

ISTVÁN MILOTAY UND DIE NEUE GENERATION (1913–1919)

Die Person István Milotays und seine Publizistik haben die reformkonservativen Ideen der Jahrhundertwende mit den gedanklichen Elementen der im Entstehen begriffenen radikalen Rechten auf eine neue Art miteinander verbunden. Seine Weltanschauung, seine Sprache formulierten in einer Synthese der beiden das unabhängige Ungarn der Zukunft (in einer Personalunion), in dem er auf eine ethnische (rassische) nationale Verteidigung, eine (volksnationale) soziale Demokratisierung und auf nationale Vollentfaltung durch Verbürgerlichung hoffte, wobei der Vorrang der Interessen der Ungarn beachtet wird. Die vielfältigen Beiträge behandelten Themen wie Landwirtschaft, Bodenverteilung für die Bauern, Schutz der Interessen ländlicher Regionen, das System von Kreditgenossenschaften, darüber hinaus solche Fragen, wie die ungarische Jugend an den kapitalistischen Wirtschaftsprozessen beteiligt werden kann, um eine bürgerliche Mittelschicht zu schaffen, ferner die Zurückdrängung des jüdischen Monopolkapitals in den Bereichen Banken, Industrie und Handel sowie die erforderliche soziale Selbstorganisation nach dem "Ameisensystem". „[...] Die Ungarn müssen lernen – wenn sie als solche leben und herrschen wollen –, dass sie nur dann mit Erfolgen rechnen können, wenn sie sich wie Ameisen in ihrem gesamten sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben organisieren.[...] All jene, die zu ihrem Verbund gehören, sind Arbeiter und Teilhaber eines nationalen Gedankens. Das riesige Netz der Solidarität verbindet sie zu einer großen Einheit, und diese Solidarität bedeutet auch Selbstbewusstsein und lässt seine Mitglieder ständig das beruhigende und erhabene Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins, der Vereinigung der Kräfte und der gegenseitigen Hilfe spüren.“

MÁTÉ GALI
DIE TSCHECHOSLOWAKISCH-UNGARISCHEN
GRENZVERHANDLUNGEN UND DIE *BARTHA–HODŽA-*
VEREINBARUNG

Das Jahr 1918 bedeutete eine Schicksalswende in der Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und Ungarn als deren Bestandteil. Der dualistische Staat musste an den Fronten des Ersten Weltkrieges feindlichen Armeen, im Hinterland zunehmenden Soldatenmeutereien, Streiks und Straßendemonstrationen entgegentreten. All das erreichte seinen Höhepunkt durch die separatistischen Bestrebungen der nationalen Minderheiten.

Die Wahrung der territorialen Integrität des historischen Ungarns betrachtete die ungarische politische Elite als Grundprinzip, im Gegensatz zu den benachbarten Nationen, die der Ansicht waren, das Recht zu haben, die ihnen durch die Entente-Mächte in Geheimabkommen zugesprochenen Gebiete in Besitz zu nehmen.

Mihály Graf Károlyi, der nach der Austerrevolution am 31. Oktober 1918 an die Macht gekommen war, und seine Regierung vertrauten darauf, dass die unerbittlich feindliche Einstellung der siegreichen Entente gegenüber Ungarn durch friedliche Vereinbarungen mit den Völkern in den umliegenden Ländern gemildert werden könnte. Der für Nationalitätenfragen verantwortliche Minister ohne Portefeuille im Kabinett, Oszkár Jászi, war um die interne demokratische und föderative Reorganisation des Landes auf der Basis von Volksgruppen nach dem Muster des Schweizer Kantonsystems bemüht, statt mit Hilfe der Großmächte eine Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten zu realisieren. Obwohl er sich darüber im Klaren war, dass es nur eine minimale Chance für die Realisierung einer Kantonisierung gab, unternahm er dennoch den Versuch, bis zur künftigen Pariser Friedenskonferenz vorläufige Abkommen mit den nationalen Minderheiten zu schließen.

In diesem Geiste ließ sich Jászi im November 1918 in Verhandlungen mit Vertretern zunächst der Rumänen, dann der Tschechoslowaken ein. Die Abstimmungsgespräche endeten mit einem Fiasko, weil die Regierung keiner Volksgruppe etwas anbieten konnte, was sie ohne den ungarischen Staat nicht hätte gewinnen können. Am 6. Dezember 1918 kam zwar der ungarische Kriegsminister Albert Bartha mit dem Botschafter der Tschechoslowakischen Republik in Budapest, Milan *Hodža*, über eine *Demarkationslinie im Oberland überein, die im Großen und Ganzen der ungarisch-slowakischen ethnischen Grenze entsprach, doch damit war man in Prag überhaupt nicht zufrieden.*

Die tschechoslowakische Führung, die sich mit kühneren Zielen zur Gebietsbeschaffung trug, desavouierte deshalb *Hodža*, dann gelang es ihr in Paris zu erreichen, dass die provisorischen Grenzen auf eine für sie viel günstigere Weise, mit den heutigen Grenzen fast übereinstimmend, festgelegt wurden. Dadurch verlor die kurzlebige *Bartha–Hodža-Vereinbarung* an den letzten Tagen 1918 ihre Gültigkeit.

GÁBOR HOLLÓSI
STRAFVERFÜGUNGEN IN DEN WAHLREGELN
DER HORTHY-ÄRA

In unserer Studie wird nicht die zeitgenössische Praxis der Wahlmissbräuche untersucht – was das Interesse der Forscher eher weckte –, sondern es werden jene Verfügungen als Rechtsregeln analysiert, die strafrechtliche Folgen von Wahlmissbräuchen in den '20er- und '30er-Jahren feststellten. In dieser Hinsicht wollen wir nicht nur eine Beschreibung liefern, sondern aufgrund der zeitgenössischen Fachliteratur auf gewisse Missstände aufmerksam machen. Ferner sind wir darum bemüht, aus Sicht der Nachwelt schwerwiegendere Probleme des Systems aufzudecken. Freilich kennen wir das Handbuch des berühmten Strafrichters der Epoche, Pál Angyal, dessen Band IX. die Wahlstraftaten beinhaltet. Die Anwendung der Dogmatik im präzisen Sonderteil aus der Perspektive von fast 90 Jahren hielten wir allerdings schon für überflüssig. Unser Ziel besteht lediglich darin, dem Leser – nun aus historischer Sicht – einen Überblick über die Frage zu bieten. Aus Gründen des Umfangs verzichteten wir in dieser Arbeit auch auf die Analyse der Wirkung des Lebens mit Vorstrafen auf die Wahlberechtigung. Das taten wir trotz der Tatsache, dass die einschlägigen Bestimmungen einen organischen Bestandteil der Rechtsregeln des Wahlrechts in der Epoche bildeten.

KRISZTINA KISS-BOGNÁR
DIE AKADEMIE FÜR THEATERKUNST
IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Die erste staatliche Einrichtung des ungarischen Hochschulwesens für Künste war die 1863 gegründete Landeslehranstalt für Theaterkunst, die 1865 ihren Betrieb aufnahm. Den Hochschulrang erwarb sie erst 1948 und war seit ihrer Gründung als Fachoberschule auf dem Gebiet der Theaterkunst tätig, die Kenntnisse auf höchster Ebene vermittelte und auf Stoff der Oberschulebene basierte. Ihre Studienordnung entwickelte sich stufenweise in den ersten Jahrzehnten ihres Wirkens als Ergebnis zahlreicher Veränderungen bei Organisation und Standort. Die zur Sicherstellung des Nachwuchses des Nationaltheaters ins Leben gerufene Einrichtung war in jeder Epoche eng mit dem führenden Theater des Landes und dessen künstlerischem Trend verbunden. Das Aufblühen des Theaterlebens Ende des 19. Jahrhunderts, das Erscheinen moderner theaterkünstlerischer Prinzipien erzwangen auch Veränderungen der immer unmodernerer Methoden in Pädagogik und Bildung.

Die Revolutionen der Jahre 1918/1919 verursachten keinen wesentlichen Wandel im Leben der Akademie für Theaterkunst. Die während der Räterepublik ausgearbeiteten Pläne zur Schaffung einer Hochschule für Theaterkunst konnten nicht realisiert werden, doch die in der Zwischenkriegszeit formulierten Reformvorschläge nutzten allerdings zahlreiche Elemente der früheren Ideen. Sándor Hevesi, der in den 20er-Jahren an der Spitze des Nationaltheaters stand, und Árpád Ódry, der zwischen 1930 und 1937 die Akademie leitete, hielten einen Rollenaufbau für das Fundament moderner Theaterkunst, der auf der Deutung des dramatischen Textes, der Kenntnis des Stils eines Bühnenwerkes und auf der Methode des Einfühlens basiert. Erforderlich und am allerwichtigsten dazu in der Ausbildung fanden sie die sichere Aneignung grundlegender schauspielerischer Mittel und die Festigung des dies unterstützenden praktischen Unterrichts. Da sie neuen Herausforderungen des Theaterlebens erkannt hatten, wollten sie den Unterrichtsrahmen um die Ausbildung von Regisseuren und Filmschauspielern erweitern. Aus Mangel an geeigneten Kandidaten konnte der Ausbau der neuen Lehrfächer nicht verwirklicht werden, die kontinuierliche Entwicklung des Lehrstoffes und die Festigung der praktischen Ausbildung signalisierten allerdings, dass die modernen künstlerischen Prinzipien im akademischen Unterricht zum Tragen kamen.

Die 1056 Studenten, die sich zwischen den beiden Weltkriegen in die staatliche Schauspielerausbildung einschrieben, verbrachten die zum Diplomerwerb erforderlichen drei Jahre im Hinblick auf Studium und Disziplin unter strengen Regeln. Die talentierten Hörer aus einfachen Verhältnissen konnten während des Studiums an der Akademie Vergünstigungen bei der Studiengebühr, Stipendien und Beihilfen in Anspruch nehmen. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Epoche lassen sich zugleich an den Fakten ablesen, denn die überwiegende Mehrheit der Studenten war in Budapest geboren, römisch-katholisch und stammte aus mittleren und oberen bürgerlichen Familien.

KÁLMÁN ÁRPÁD KOVÁCS
DIE RASSENTHEORIE, DIE NAZI-IDEOLOGIE
UND DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG DER UNGARISCHEN
REFORMIERTEN ZWISCHEN 1932 UND 1936

Es ist erforderlich, das Verhältnis zwischen Rassentheorie, Nazi-Ideologie und öffentlicher Meinung der ungarischen Reformierten zum Gegenstand einer neueren Forschung zu machen. Und das umso mehr, da das schlechte Gewissen des Kommunismus zwangshafte Angst vor dem „Missverständnis“ hatte, dass das Verhalten der Bekenner in den 30er-, sowie der 40er-50er-Jahre mit einem Gleichheitszeichen versehen werden kann, das wurde bei der Analyse der Frage zu einer ideologischen Belastung. Die öffentliche Meinung der ungarischen Reformierten verfolgte schon in der Periode von 1932 bis 1936 die Entwicklungen des Kirchenkampfes in Deutschland mit besonderem Interesse. Der Hitlersche Kirchenkampf war ein nach dem Muster des Bismarckschen Kulturkampfes geschaffener Begriff. Er bedeutete die Bestrebungen, die auf die organisatorische Gleichschaltung der deutschen Kirchen und auf deren politische Unterordnung unter das Dritte Reich gerichtet waren. Während jedoch die Bismarcksche Politik die Katholiken Deutschlands zu deutschen Katholiken umformen wollte, hatte die Hitlersche Religionspolitik vor, ein einheitliches deutsches Christentum zu schaffen, das sich die Denkweise der Rassentheorie radikal zu Eigen machte. Am ehesten war die Glaubensbewegung der „Deutschen Christen“ (kurz DC) darum bemüht, dieser Erwartung gerecht zu werden, die von der zeitgenössischen ungarischen Öffentlichkeit für die kirchliche Linie der Nazi-Partei gehalten wurde. In der behandelten Periode war die Frage der Rassentheorie sowie der nazistischen Ideologie für die öffentliche Meinung der ungarischen Reformierten überhaupt kein Teil der Judenfrage, ihr seelisches Immunsystem wurde grundlegend durch religiöse Aspekte bewegt. Auf dieser Basis stellte sich die ungarische reformierte Öffentlichkeit eindeutig auf die Seite der deutschen Bekennenden Kirche (kurz BK), betrachtete zugleich besorgt auch die Missstände der eigenen Verhältnisse, die denen der Deutschen ähnelten. Die Arbeitslosigkeit der jungen Intellektuellen stellte ein ähnlich schwieriges soziales Problem dar. Die ellipsoide Mentalität der DC (Christentum und Volkstum) wurzelte zumeist in der liberalen (religionswissenschaftlichen) Theologie, die durch die früheren kulturellen Beziehungen auch in Ungarn traditionell stark war. Wegen der abweichenden Natur des Protestantismus konnte sie sich nicht hinter liturgische Schanzen, ähnlich denen der Katholiken, zurückziehen. Die konfessionellen Gegensätze, die Unterschiede in der

Frömmigkeit und der Auffassung spalteten sogar die Einheit der BK. In Ungarn war die Kirchensituation ähnlich unberechenbar und kompliziert. Gegeben war die Erfahrung, dass all das eine feindselige Macht äußerst effektiv werden lässt, die aufgrund des Prinzips „divide et impera“ (teile und herrsche) die Mittel von Verfolgung und Irreführung wechselweise anwendet. Die Studie verfolgt den Faden der Geschichte bis Ende 1936. Der Grund dafür liegt darin, dass sich der geistige Schwerpunkt der Verteidigung in Bezug auf die Rassentheorie und die nationalsozialistische Ideologie um die Vorbereitungen der kirchlichen Ereignisse des Jahres 1938 konzentrierte, die zwar bedeutende Möglichkeiten in Aussicht stellten, die für die christlichen Einheitsbestrebungen allerdings eine ernsthafte Herausforderung bedeuteten.

ANDRÁS JOÓ

„...*IM GRAUEN UNBEKANNTEN SCHLAGE ICH MICH DURCHS
LEBEN WIE EIN PIRATENSCHIFF*“ – AUSWAHL AUS DER
KORRESPONDENZ ZWISCHEN SÁNDOR HOLLÓSI,
JOURNALIST MIT EINEM BEWEGTEN LEBEN,
UND DEM DIPLOMATEN JÁNOS WETTSTEIN IM JAHRE 1944

Nach dem 19. März 1944 durchlebte Ungarn eine schwere, tragische Periode: Im übrigen Teil des Jahres waren alle Hoffnungen verloren, dass das Land ohne größere Verluste aus dem Krieg herauskommen kann. In dieser Zeit pflegte der Diplomat János Wettstein, der bis September 1943 als Ungarns Gesandter in Bern diente, einen Briefwechsel mit dem Journalisten Sándor Hollósi (Holländer), der lange Zeit im Dienst des Außenministeriums stand und fast zwei Jahrzehnte hindurch im Auftrag der ungarischen Diplomatie eine getarnte propagandistische und nachrichtendienstliche Tätigkeit ausübte. Die Informationen, die aus den oft sehr offenen Briefen der beiden Personen gewonnen werden können, werfen ein Licht auf die dunklen und widersprüchlichen Abschnitte in Hollósis Karriere. Den größten Teil seines Lebens verbrachte er im Ausland, in den Niederlanden, in Deutschland, dann in der Schweiz. 1920 spielte er eine ziemlich unrühmliche Rolle im Laufe des Schauprozesses gegen den Oberrabbiner in Szeged, Immanuel Löw, der als eklatantes Beispiel des damals in Ungarn auflodernden Antisemitismus zu betrachten ist. In der ganz gewiss talentierten, intelligenten, jedoch widersprüchlichen Persönlichkeit Hollósis zeigten sich auch die Widersprüche seiner Epoche, der krisenhaften Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, davon zeugen am ehesten die völlig ungewöhnlichen Stationen seiner Karriere. Der sicherlich aus dem (damaligen ungarischen) Oberland und einer jüdischen Familie stammende Hollósi tauchte in den 1920er-Jahren in München, im Weimarer Deutschland auf, er schaltete sich in die Nazi-Bewegung ein, und wurde einer der Redakteure des Parteiblattes *Völkischer Beobachter*, und zwar an der Seite von keinem anderen als Alfred Rosenberg. Seine wirkliche Rolle im Dienste der ungarischen Regierungen ist erst nach vielen Jahren bekannt geworden, so musste er mit der Zeit aus Hitlers Deutschland fliehen. Er diente dann weiter im Auftrag des ungarischen Außenamtes in der Schweiz, wo er unter einem Pseudonym zahlreiche Artikel schrieb, insbesondere für die *Neue Zürcher Zeitung*. Hier kam János Wettstein als Gesandter mit ihm in Kontakt. Hollósi blieb auch im Jahre 1944 in seinem von der Berner Botschaft unterstützten Geheimstatus, während Gesandter Wettstein zurückgezogen in Ascona lebte. Im Sommer 1944 wollte Hollósi in seinen Beiträgen

nicht mehr die Politik des besetzten Ungarns vertreten, er war sogar bemüht, nachdrücklich auf die Verfolgung der ungarischen Juden aufmerksam zu machen. In den Briefen beschrieb er oft die Schweizer Reaktionen auf die Deportierungen. János Wettstein analysierte in seinen Antworten ausführlich die Gründe von Ungarns Tragödie genauso wie die zukünftigen Aussichten. Die einführende Studie erläutert breitere Zusammenhänge der dargelegten Auszüge, die zitierten Stellen sprechen aber oft für sich. Das analysierte Quellenmaterial stammt aus János Wettsteins Nachlass, den der gleichnamige Enkel seines Bruders Miklós aufbewahrte und dem Autor großzügig zur Verfügung stellte.

KATALIN OROSZ-TAKÁCS – LÁSZLÓ OROSZ
„EIN GUTER RAT FÜR WEINENDE“
DIE VORBEREITUNG DER AUSSIEDLUNG
DER SCHWABEN AUS DEM KOMITAT VESZPRÉM
IN DER LOKALEN PRESSE (1945–1946)

Während der letzten Volkszählung des historischen Ungarns 1910 gaben fast 30.000 der 230.000 Einwohner des Komitats Veszprém an, als Muttersprache Deutsch zu sprechen. Nach 1945 ging die Zahl der Ungarndeutschen drastisch zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte das Komitatsgebiet eine beachtliche Veränderung durch: Ein Kreis wurde abgetrennt, aber drei neue kamen hinzu. Da die Anwesenheit der Deutschen in den betroffenen Kreisen nicht gerade relevant war, muss man den Grund der angesprochenen demografischen Veränderung woanders suchen, nämlich in der ethnischen Säuberung nach dem Weltkrieg.

In der durch die Sowjets okkupierten Zone Europas wurde das Schicksal der deutschsprachigen Bevölkerung nach 1945 überall, so auch in Ungarn, nach dem Prinzip der „Kollektivschuld“ geregelt. Die „Kollektivstrafe“ der deutschen Minderheiten war im Fall mancher Länder die nach Vollständigkeit strebende, anderswo (wie in Ungarn) lediglich teilweise Aussiedlung. Unsere Studie will nicht den landesweiten Kontext der Aussiedlung aufgrund neuer Gesichtspunkte untersuchen, sondern sie fügt sich in die Reihe der in letzter Zeit erfreulich zunehmenden lokalhistorischen Forschungen ein. Das Projekt, das sich die Erschließung der Mikroebene statt der Makroebene, konkret die systematische Darstellung der Ereignisse im Komitat Veszprém zum Ziel setzte, begann im Jahre 2017. In diesem Rahmen erfolgte die auf Vollständigkeit abzielende Auswertung der im Komitat zwischen 1945–1948 erschienenen Zeitungen. Es ist vorgesehen, daraus einen Dokumentenband zu veröffentlichen, der eine Parallele des Komitats Veszprém zu der bereits existierenden Auswahl aus dem landesweiten Presseecho zu den Aussiedlungen sein soll.

Die vorliegende Studie legt wegen der Möglichkeiten ihres Umfangs bewusst ein Zeitlimit fest, was die Beurteilung und die propagandistische Darstellung der Schwabenfrage durch die lokalen meinungsbildenden Kreise angeht: Statt eines Pressebildes der Komitatsbezüge der Aussiedlung über das vollständige Intervall hinweg wird lediglich die Zeit bis zum Beginn des ersten Transportes behandelt, d.h. eigentlich die Phase der Vorbereitung der öffentlichen Stimmung und der Herausbildung von Mitleidlosigkeit statt Mitleids illustriert.

Auf der Basis der Komitatszeitungen entfaltet sich ein Bild, das die Töne der Landespresse einigermaßen nuanciert. Die Ansicht, wonach der Ton der Sozialdemokraten, der Kleinlandwirte und der bürgerlichen Demokraten gegenüber der grundsätzlich hetzerischen und auf radikale Lösungen drängenden Stimmungsmache der kommunistischen und der Bauernpartei in Wahrheit eine mildernde Wirkung auslöste, wird auf Komitatsebene hinfällig. Die lokalen Äußerungen der erstgenannten Parteien harmonierten bei weitem nicht mit den Bemühungen der Landespartei zentrale, sondern kamen zu einem Konsens mit den örtlichen Kommunisten in der Hinsicht, dass sich für die Ungarn durch Entfernung der Schwaben die Möglichkeit einer neuen „unblutigen Landnahme“ eröffnete.

DÁVID KISS

DIE GESCHICHTE DER KAMPFGARDE DER UNGARISCHEN
KOMMUNISTISCHEN PARTEI 1946–1947

Die 1945 organisierte kommunistische Kampfgarde wuchs sich bis 1947 zur Parteiarmee aus. Die Organisation kam auch wegen der damaligen Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse sehr schwer voran, sodass sie sich in der Anfangszeit auf die Hauptstadt und ihre Umgebung beschränkte. Die Organisation und der Zusammenhalt der Einheiten auf dem Lande, ihre Versorgung mit Uniformen und ihre einheitliche Ausbildung erfolgten zwischen 1946 und 1948. Zu dieser Zeit verwandelte sich die Kampfgarde in eine massive Parteiarmee. Neben der Ausbildung an der Waffe und dem Personalbestand ist auch die Tatsache zu beachten, dass die damalige Honved zum Beispiel über keine Panzerwagen, Luftwaffe usw. verfügte. Dies und der lediglich abzuschätzende Einfluss der UKP in den sonstigen bewaffneten Einheiten garantierten der Partei ein sicheres „Hinterland“, ganz zu schweigen von der Anwesenheit sowjetischer Truppen nicht nur in Ungarn, sondern auch in den umliegenden Ländern. Auch die einzige Ausnahme, Jugoslawien, zählte zu dieser Zeit noch zu den Verbündeten.

Vom Gesichtspunkt der weiteren Ereignisse aus erwiesen sich auch die Wahlen 1947 als wesentlich, denn in deren Verlauf gelangte die UKP durch ihren Wahlsieg zu weiteren beachtlichen Positionen. Auf einer gemeinsamen Leitungssitzung der UKP-SDP-KG nach den Wahlen am 20. November 1947 wurde ein Beschluss bezüglich der Aufstellung eines Verbindungskomitees gefasst, das laut offizieller Erläuterung dazu berufen war, dem Ziel einer gegenseitigen Zusammenarbeit der Garden untereinander zu dienen. In der Tat war dies die erste Station zur Einverleibung der sozialdemokratischen Organisation. All das wird aber schon Thema einer folgenden Studie sein...

PÉTER MIKLÓS – ESZTER ZSÓFIA TÓTH

„DER CHRISTENMENSCH HAT NICHT NUR AN SEINEM
EIGENEN PERSÖNLICHEN SEELENHEIL ZU ARBEITEN,
SONDERN ER MUSS AUCH AM WERK DER ERLÖSUNG
DER GESELLSCHAFT TEILNEHMEN.“

DER LEBENSWEG VON ISTVÁN BARANKOVICS IM SPIEGEL
DER QUELLEN DER STAATSSICHERHEIT UND DER PRESSE

István Barankovics war der Schöpfer der modernen ungarischen Christdemokratie und Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei. Nach Auflösung seiner Partei im Februar 1949 zwang ihn die kommunistische Diktatur in die Emigration. In unserer Arbeit stützen wir uns auf bisher nicht erschlossene Dokumente der Staatssicherheit und auf Pressequellen, um das Bild vom christlich-demokratischen Politiker auch mit diesen Angaben zu nuancieren. Aus den ihn betreffenden Akten der Staatssicherheit tut sich vor uns ein doppelter Inhalt auf. Zum einen konnten wir tiefere Kenntnisse über die Arbeitsweise der herabwürdigenden Maschinerie der kommunistischen Macht und die Agententätigkeit sammeln, zum anderen kommen auch hier – sogar in diesem Zerrspiegel – der Reichtum seiner Gedankenwelt, sein christlicher Humanismus und sein Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit zum Vorschein. Seine Laufbahn ist ein Beispiel dafür, wie die großen historischen Kataklysmen des 20. Jahrhunderts eine verheißungsvolle Politikerkarriere zerstörten, wie es die Diktatur nicht zuließ, das Programm der Demokratischen Volkspartei, die eine starke gesellschaftliche Unterstützung genoss, aufzubauen und vollständig zu entfalten. Der Lebensweg von István Barankovics zeigt ebenfalls, dass jedwedes demokratisches Streben nach der sowjetischen Besetzung Ungarns nur eine Illusion war, und politische Vorstellungen, die nicht mit den Zielen der kommunistischen Diktatur übereinstimmten, keinen wirklichen Spielraum hatten.

KRISZTIÁN ISTVÁN GLAUB

1956 gilt als ein Schicksalsjahr in Ungarns Geschichte. Als Folge der Veränderung der internationalen und der nationalen Lage wurde der stalinistische Diktator Mátyás Rákosi auf sowjetischen Druck gestürzt, und dabei kam erneut die Frage nach der Verantwortung für die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf. Entsprechend dieser Konzeption begann im Oktober eine weitere Verhaftungswelle gegen Offiziere der Staatssicherheitsbehörde, die von der neu an die Macht gekommenen Parteiführung unter Gerő für die Gesetzeswidrigkeiten gegen Personen der Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht wurden. So wurde ein 29jähriger junger Mann namens Ervin Faludi inhaftiert, der ungeachtet seines jungen Alters schon eine ziemlich stürmische Vergangenheit hinter sich hatte. In den Jahren 1949-1950 hatte er sich als einer der unbarmherzigsten und effektivsten Vernehmungsoffiziere erwiesen. Faludis Verhör begann im Oktober, wobei der Beschuldigte selbst nur sehr wenig von seinen einstigen Verbrechen zu gestehen bereit war. Dabei hatten seine einstigen Opfer in ihren Zeugenaussagen während der Überprüfungen bereits ausführlich über Faludis Tätigkeit und Verantwortung berichtet. Nach gründlichem Studium der Dokumente kann man sagen, dass diese in den meisten Fällen – gelinde gesagt – nicht gerade mit Faludis Version übereinstimmten. Die Protokolle zeugen von schrecklichen Methoden, gnadenlosen seelischen und physischen Folterungen; sie sind ein trauriges Memento über die „Ordnungsorgane“ einer unmenschlichen Periode, über deren schonungslose Vollstrecker und deren „Justiz“. Bei all dem ist Ervin Faludis Verantwortung unbestritten, sie kann trotz der Tatsache nicht in Abrede gestellt werden, dass er sich im April 1957 in einem Schauprozess wegen 38facher falscher Anschuldigungen verantworten musste. Zielpunkt des Prozesses war jedoch nicht in erster Linie Ervin Faludi, sondern der mit ihm gemeinsam verurteilte Erstangeklagte Vladimir Farkas, darüber hinaus dessen Vater, der ehemalige Verteidigungsminister Mihály Farkas, der später vom Rat des Volksgerichts des Obersten Gerichts – nach János Kádárs persönlicher Intervention – zu 16 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Ervin Faludi teilte das Gefängnis mit den beiden Farkas' im Sammelgefängnis, nachdem er in seinem eigenen Prozess vier Jahre abzusitzende Freiheitsstrafe bekommen hatte, kam jedoch bereits am 17. September 1958 durch einen individuellen

Gnadenakt frei. Der Parteibeschluss der USAP von August 1962 nannte für die Gesetzeswidrigkeiten in der Rákosi-Ära nach wie vor einige ehemalige Offiziere der Staatssicherheit verantwortlich – so auch Ervin Faludi –, obwohl zu dieser Zeit schon alle auf freiem Fuß waren. Die Hauptverbrecher wurden – bis auf Mihály Farkas und Gábor Péter – nie gerichtlich zur Verantwortung gezogen.

JUDIT ANTÓNIA FARKAS

„IN IHREN ARTIKELN ERZÄHLTEN SIE, WAS SIE ERZÄHLEN DURFTEN, DEN REST VERSCHWIEGEN SIE.“

DIE REVOLUTION UND DER FREIHEITSKAMPF UNGARNS 1956 AUS DER SICHT DER AUS BUDAPEST BERICHTENDEN ITALIENISCHEN KOMMUNISTISCHEN JOURNALISTEN III.

„Wie ich sehe, besteht die kommunistische Presse hartnäckig darauf, dass der Buda-
pester Aufstand und der darauf folgende unerhörte, übermenschliche Widerstand
gegen die Grebennik-Panzer (Grebennik war 1956 sowjetischer Militärkommandeur
in Budapest – Anm. Übers.) ein Werk von Faschisten, ehemaligen Horthy-Offizie-
ren, Grundbesitzern, Burgeois und Aristokraten gewesen sei. Über diese Feststellun-
gen kann ich nicht diskutieren. Drei kommunistische Kollegen von mir, die in Buda-
pest mit uns dabei waren – Jacoviello, Bontempi und Perucci – erzählten schon in
ihren Artikeln, was sie erzählen durften, den Rest verschwiegen sie. „Etwas ver-
schweigen ist beredter, als jede Sprache“ – schrieb Indro Montanelli am 25. Novem-
ber 1956 in einem seiner Artikel, die in einem der meistgelesenen italienischen
Tagesblätter, dem *Corriere della Sera*, erschienen. Es ist allgemein bekannt, dass
nicht nur die Öffentlichkeit Italiens, das über eine der einflussreichsten kommunisti-
schen Parteien Westeuropas verfügte, einen Schock erlitt, sondern auch in der Italie-
nischen Kommunistischen Partei eine tiefe Krise dadurch hervorgerufen wurde,
dass die Freiheitsbestrebungen der Ungarn im Blut erstickt wurden. Von den Par-
teien qualifizierten allein die Kommunisten die Revolution der Ungarn als „Konter-
revolution“, „als faschistischen Putsch“ und begrüßten die Niederschlagung des
Volksaufstandes durch die Sowjets. Im ersten und zweiten Teil unserer Studie sind
wir auf Artikel der Korrespondenten des Zentralorgans der kommunistischen Partei
l'Unità und der Wochenillustrierten *Vie Nuove* eingegangen, die in Ungarn waren.
Dabei wiesen wir darauf hin, auf welche Art und Weise und mit welchen Mitteln
diese Organe durch Zensur und Selbstzensur der Journalisten die Leser falsch infor-
mierten und die Fakten im Zusammenhang mit den tragischen ungarischen Ereignis-
sen verfälschten. Im abschließenden dritten Teil legen wir Beiträge des Berichter-
statters Giorgio Bontempi in der kommunistennahen Römischen Tageszeitung *Il
Paese* dar, die im Gegensatz zu den kommunistischen Blättern offen dem dogmati-
schen IKP-Standpunkt gegenüber der Revolution entgegentraten. Zeitungsdirektor
Tomaso Smith veröffentlichte vom ersten Moment an Bontempis Artikel, der der
kommunistischen Voreingenommenheit mit Sicherheit nicht beschuldigt werden

konnte und auf der Seite der Revolutionäre stand. Bontempi berichtete – im Gegensatz zu den kommunistischen Organen – ausführlich über das Blutbad in Mosonmagyaróvár und die Geschehnisse in Nordungarn. Er ließ viele Augenzeugen, unter ihnen auch den Leiter der Gruppe von der Thököly-Straße, zu Wort kommen. Trotz kontinuierlichen Drucks veröffentlichte zwar Tomaso Smith Bontempis Artikel, wegen der markanten Meinungsverschiedenheiten verließ er jedoch bald die Spitze des Blattes.

JÁNOS RÁCZ

**BEITRAG ZUR GESCHICHTE DER UNGARISCHEN
EMIGRATION IN AMERIKA UND DER HEIMKEHR
DER HEILIGEN KRONE. ZUR EMIGRATIONSPOLITIK
DER USAP**

Letzter Akt des “amerikanischen Abenteuers” der Heiligen Krone war der Protest eines Teils der ungarischen Emigranten in Amerika gegen die Heimkehr der Krönungsinsignien. Die intensiven Diskussionen der Ungarn in Übersee machten einen Zusammenschluss auch in diesem Fall unmöglich; dabei spielte es auch keine Rolle, wer wann in die USA gekommen war. Auch unter den einstigen Revolutionären von 1956 und den Emigranten aus den Jahren 1944/45 oder 1947 gab es manche, die nicht gegen die Rückgabe der Heiligen Krone an Ungarn waren. 1970 ließ der Journalist David Binder von der *New York Times* die für unmöglich gehaltene Nachricht gelangen: Die Nixon-Administration gibt die Krönungsinsignien an Ungarn zurück, falls sich die Beziehungen weiter verbessern. Dank der Protestwelle und dem Auftritt Kardinal Mindszents nahm Präsident Nixon von seinem Plan Abstand. 1971 erschütterte ein weiterer publizistischer Kunstgriff die ungarische Emigration: Kissinger und Nixon würden die Krone Ungarn deshalb zurückgeben, um zu bestätigen, dass sie die sowjetische Oberhoheit über die “Sklavennationen” anerkennen – behauptete der bekannte amerikanische Journalist Paul Scott. Die Ungarn protestierten auch diesmal massenweise mit Telefonanrufen und Petitionen gegen die Politik des State Departments. 1975 richtete der Landesvorsitzende des Ungarischen Verbandes in Amerika, Dr. Zoltán Béky, Bischof der reformierten Kirche, eine Eingabe an das amerikanische Außenministerium wegen eines Beschlussvorschlages eines Abgeordneten aus Texas und erwartete darauf eine sofortige Stellungnahme. Präsident Carter hatte 1977 gerade erst sein Amt übernommen, als der Landesverband Ehemaliger Politischer Häftlinge konkrete Antworten verlangte; gegen Carters am 4. November 1977 durchgesickerte Entscheidung begann eine weitere Protestwelle. Die Massendemonstrationen der ungarischen Emigration erwiesen sich als vergeblich. Wegen der Heimkehr der Heiligen Krone wurden viele Artikel veröffentlicht. Nicht einmal der einstige Ministerpräsident Ferenc Nagy, der Kommandant der Nationalwache ‘56 Béla Király und der Politiker der Bauernpartei Imre Kovács entgingen der Kritik dafür, dass sie die Heimkehr der Heiligen Krone unterstützten. In der Studie werden diese Diskussionen und der wegen Carters Entscheidung entstandene Protest um weitere Details bereichert.

PATRÍCIA GECSÉNYI
MODELLVERSUCH AN DER GRENZE DER BEIDEN
WELTSYSTEME
SKIZZE ÜBER DIE UNGARISCH-ÖSTERREICHISCHEN
BEZIEHUNGEN, 1970–1989

Die in den Jahren nach der Revolution und dem Freiheitskampf 1956 erneut frostigen Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich wurden um den Preis vieler Schwierigkeiten Schritt für Schritt geregelt. Den entscheidenden Fortschritt bedeuteten die Besuche von Außenminister Bruno Kreisky im Oktober 1964 in Budapest und von Außenminister János Péter im April 1965 in Wien. Sie beendeten nicht nur eine vermögensrechtliche Debatte, sondern eröffneten auch den Weg zur Abschaffung der Minensperre an Ungarns Westgrenze. Die um Entspannung bemühte österreichische Außenpolitik hat sich auch dann nicht verändert, als im Oktober 1966 die Österreichische Volkspartei unter Führung von Josef Klaus allein eine neue Regierung bildete. Dies demonstrierte die Reise von Kanzler Klaus im Mai 1967 nach Budapest zum 100. Jahrestag des österreichisch-ungarischen Ausgleichs. Den Verhandlungen, die in einer günstigen Atmosphäre verliefen, verlieh die Tatsache Nachdruck, dass János Kádár sich mit dem Kanzler im Haus des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei MSZMP traf. Die Fortsetzung folgte ein Jahr später mit dem Wien-Besuch von Ministerpräsident Jenő Fock. All das schuf die Basis für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Beziehungen in den nächsten 20 Jahren, die durch den Namen des 1970 zum Kanzler gewählten Bruno Kreisky geprägt waren, insbesondere vom Jahr 1971 an, als dieser sich auf eine „einfarbige“ sozialistische Regierung stützen konnte. Der von den Sowjets eine Zeitlang unterstützte Entspannungsprozess erlaubte auch dem kádárschen Ungarn einen gewissen eigenständigen Spielraum, von dem Kádárs Außenpolitik - nicht unabhängig von seinen innenpolitischen Schritten - erfolgreich Gebrauch machte. Dies führte mit der Taktik „der kleinen Schritte“ (jedoch bei weitem nicht ohne Probleme) dazu, dass János Kádár Mitte des Jahrzehnts Wien einen Besuch abstattete; und die österreichischen Zeitungen das nunmehr als europäisches Muster der friedlichen Koexistenz bewertete Beziehungssystem mit dem Attribut „k. und k.“ versahen, was an die einstige Doppelmonarchie Österreich-Ungarn erinnerte. Um den Prozess, der zahlreiche Bereiche der Politik, Wirtschaft, Kultur, ja sogar der Gesellschaft umfasste, genau zu begreifen, sind noch weitere Grundlagenforschungen erforderlich.

ZOLTÁN DÉVAVÁRI
DER SÜDSLAWISCHE KRIEG UND DIE UNGARISCHE
WIRTSCHAFTSPOLITIK (1991–1993)

Die Kulmination der südslawischen Krise und der gewaltsame Zerfall Jugoslawiens fügten Ungarn schwerwiegende wirtschaftliche Schäden zu. Im letzten Friedensjahr betrug der ungarisch-jugoslawische Außenhandelsumsatz 700 Millionen (zum heutigen Wert etwa 1,3 Milliarden) US-Dollar.

Durch die Vertiefung der Krise erlitt der Warenverkehr zwischen Ungarn und dem zerfallenen Staat einen enormen Rückgang. Nach damaligen Schätzungen erreichte der daraus resultierende Verlust Ungarns 100 bis 140 (zum heutigen Wert etwa 251) Millionen US-Dollar.

Beträchtlich war auch der Verlust, den der klassische beziehungsweise der Einkaufstourismus verursachten, der sich in der ersten Hälfte 1991 allein beim klassischen Tourismus auf 1,9 (zum heutigen Wert auf annähernd 23) Milliarden Forint belief.

Neben den unmittelbaren Schäden trafen Ungarn auch zahlreiche mittelbare negative Auswirkungen. Dass die Erdöl-Pipeline Adria unmöglich wurde, verschlang einen nicht geplanten Aufwand von 7,3 (zum heutigen Wert ca. 90) Milliarden Forint, während die Mehrausgaben infolge der Kampfhandlungen 1991 bei den Streitkräften 1,3, im nächsten Jahr 1,8 (zum heutigen Wert etwa 22) Milliarden Forint, beim Innenministerium 1991 rund 520 Millionen (zum heutigen Wert sechs Milliarden), 1992 bereits zwei Milliarden (zum heutigen Wert beinahe 24 Milliarden) Forint betragen.

Infolge des vom UN-Sicherheitsrat 1992 beschlossenen, 1993 weiter verschärften Wirtschaftsembargos gegen die aus Serbien und Montenegro gebildete Bundesrepublik Jugoslawien erlitt die ungarische Wirtschaft 1992 einen Schaden in Höhe von 340 (zum heutigen Wert etwa 611) Millionen, 1993 wiederum von 800 Millionen (zum heutigen Wert etwa von 1,4 Milliarden) Dollar.

Diese enormen Verluste konnten das Land, das auch mit inneren Wirtschaftsproblemen konfrontiert war, wegen der veränderten geopolitischen Situation nur teilweise, jedoch in gewisser Hinsicht schon in dieser Periode erfolgreich in der Region kompensieren.

In dem Europa der Umgestaltung intensivierten sich bereits 1992 die ungarisch-kroatische sowie die ungarisch-slowenische Handelskooperation. Zahlreiche bilaterale Verträge hatten sie stimuliert. Ein gutes Beispiel bietet dafür die gestiegene ungarisch-slowenische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die innerhalb eines einzigen Jahres eine mehr als 100%-ige Steigerung des Warenverkehrs verbuchen konnte.

JÁNOS SÁRINGER

WIRTSCHAFTSDIPLOMATIE – EINIGE ZÜGE DER
UNTERNEHMENS- UND GESCHÄFTSDIPLOMATIE

Die mehrere tausend Jahre alte Geschichte der Diplomatie ist eng mit dem Handel und den Wirtschaftsbeziehungen verbunden, der Handel spielte auch bei ihrer Entstehung eine wichtige Rolle. Im 21. Jahrhundert gelangte die viele Jahrtausende, Jahrhunderte zurückreichende grundlegende Funktion der Diplomatie erneut in den Vordergrund. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden parallel zur Logik der Sieger und Verlierer neue Verhältnisse der

Unter-, Über- und Nebenordnung im internationalen System. Das Prinzip der internationalen Souveränität der Staaten blieb zwar in der neuen europäischen Architektur erhalten, die Ausübung der Macht über einem gegebenen Bereich (westfälisches Staatensystem) wurde allerdings beeinträchtigt. Von der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an gehören zum Begriff der internationalen Beziehungen nach dem heutigen Herangehen sämtliche Akteure des internationalen Lebens, wobei der Mechanismus des auf Staaten konzentrierten westfälischen Systems und dessen hierarchische (auf Unter- und Überordnung der Staaten basierende) Struktur überholt werden. Charakteristisch geht es um Staaten, nationale und transnationale Unternehmen (TNGO), Nichtregierungsorganisationen (NGO), internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (INGO) und internationale Organisationen. Die Gesamtheit der grenzüberschreitenden Interaktionen (Kommunikation, Verhandlung, Vereinbarung, Treffen usw.), die zwischen ihnen zum Ausdruck kommen, bildet die internationale Verbindung. Man kann zwischen Außenbeziehung und Außenpolitik unterscheiden, die engere Begriffe als die internationalen Beziehungen sind.

Im neuen Abschnitt des Kapitalismus ist der transnationale Monopolkapitalismus zustande gekommen. Zwei charakteristische Merkmale der Epoche des globalen Kapitalismus sind die Herausbildung von internationalen Supermonopolen für Industrie, Dienstleistungen und Finanzen beziehungsweise die Verflechtung der nationalen und internationalen Prozesse der Kapitalakkumulation. Ein weiteres Kennzeichen der Globalisierung ist die Homogenisierung, d.h. alle Produkte können überall hergestellt und verkauft werden. Die Ware wird vom Kapital an dem Produktionsort hergestellt, der für das Kapital am billigsten ist, und dort verkauft,

wo sie ihm den höchsten Profit bringt. Ziel des Kapitals ist es, den Maximalprofit zu erzielen.

In der heutigen Zeit bildet unsere Erde durch Interdependenz, den Prozess der Globalisierung und die Entstehung transnationaler Vernetzung eine einzige Weltwirtschaft. Neben der Globalisierung gibt es eine weitere Tendenz, dass die Unternehmen unmittelbar miteinander kommunizieren und eigene Lobbyisten beschäftigen, um ihre Interessen durchzusetzen. Im Vergleich zur früheren Periode haben Investments und Investitionsförderungen beziehungsweise der Kapitaltransfer größere Bedeutung erlangt.

Die finanziellen und strukturellen Umwandlungen, die in der globalen Wirtschaft eingetreten sind, wurden neben den multi- und transnationalen Unternehmen auch von den Regierungen einzelner Staaten wahrgenommen. Sie haben entsprechend den Interessen der Staaten wirtschaftspolitische Entscheidungen auf Regierungsebene gefällt. Darüber hinaus haben die einzelnen Staaten – um die Wirtschaftsdiplomatie zu festigen – ebenfalls organisatorische und strukturelle Umgestaltungen auf Regierungsebene durchgeführt. In mehreren Ländern wurden das Außen- und das Handelsministerium zusammengeschlossen, so in Australien, Kanada, Belgien und Ungarn. Infolge dieser Schritte wird die Grenze zwischen der traditionellen Diplomatie und der Wirtschaftsdiplomatie immer mehr verwischt. Die Wirtschaftsdiplomatie in Ungarn wird durch das Ministerium für Auswärtiges und Aussenhandel gesteuert, das die Mittel der ungarischen Wirtschaftsdiplomatie: HEPA (Ungarische Agentur für Exportentwicklung) und HIPA (Ungarische Agentur für Importentwicklung) überwacht.

Die Wirtschaftsdiplomatie zielt darauf ab, die außenpolitischen Zielstellungen mit dem wirtschaftlichen Wohlstand der Staatsbürger und in engem Zusammenhang damit des Staates auf staatlicher Ebene zu verbinden, wobei das friedliche Mittel der Außenpolitik, die Diplomatie, eingesetzt wird. Das Ziel der betrieblichen Diplomatie ist es, dabei zu helfen, den Betrieb/das Unternehmen in das internationale System einzufügen, die betriebliche und die grenzüberschreitende Kohäsion des Absender- und des Empfangsstaates (Mutterunternehmen – Tochtergesellschaft) zu garantieren und eine Durchgängigkeit zwischen Kulturen und Gepflogenheiten zu verwirklichen. Ein Geschäftsdiplomate kann eher als Lobbyist determiniert werden. Die Wirtschaftsdiplomatie ist also eine Staats-, eine Regierungstätigkeit im Gegensatz zur Unternehmens- und Geschäftsdiplomatie, nicht zu vergessen, dass auch die Regierung eines Staates einzelne Personen mit Aufgaben der Geschäftsdiplomatie betrauen kann.

MIHÁLY NOSZKÓ-HORVÁTH
DIE INSTITUTION DER SOWJETISCHEN ZWANGSARBEIT
IM SPIEGEL DER UNGARISCHEN RECHTSREGELN
FÜR ENTSCHÄDIGUNG – DIE EINSCHLÄGIGEN
ENTSCHÄDIGUNGSDOKUMENTE

Durch die Institution der Entschädigung nach der Wende eröffnete sich in Ungarn die Möglichkeit, dass Opfern früherer diktatorischer Systeme oder deren Angehörigen eine moralische und materielle Rehabilitierung zuteilwird. Eine Entschädigung gebührte jemandem in den Fällen, die in den Rechtsvorschriften angeführt waren, auch wegen Konfiskation sowie Freiheitsentzugs aus politischen Gründen sowie auch wegen des Todes eines Angehörigen. Sowohl zahlenmäßig als auch in Bezug auf die rechtliche Regulierung kann die sowjetische Zwangsarbeit unter den zur Entschädigung berechtigenden Arten von Unrecht hervorgehoben werden. Parallel zur Behandlung der Entschädigungsbezüge wird in dieser Arbeit auf die Geschichte der rechtlichen Regulierung des Entschädigungssystems wegen persönlichen Unrechts – in dieser Form das erste Mal – weiterhin auf die Höhe der zuerkannten Entschädigungen sowie auf eine allgemeine Darstellung des während der Entschädigungsverfahren entstandenen Aktenmaterials eingegangen.